PRESSEMITTEILUNG

MEDIENTAGE München 2026 vom 21. bis 23. Oktober
Ban or Educate

Social Media: Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

München, 23.10.2026 – Social-Media-Verbote lösen keine strukturellen Probleme wie Desinformation, extremistische Hetze, Hass oder misogyne Angriffe auf weiblich gelesene Menschen. Medienkompetenz und -bildung sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben und können nicht auf junge Menschen beschränkt werden. Dieses Fazit zog eine von der Journalistin Linda Becker moderierte Expert:innenrunde während der MEDIENTAGE München.

Neun Tage, nachdem die Bundesregierung am 14. Oktober umfassende Eckpunkte für einen besseren Kinder- und Jugendmedienschutz in der digitalen Welt beschlossen hatte, standen die 56 Handlungsempfehlungen in München auf dem Prüfstand. Das Eckpunkte-Papier der Bundesregierung sieht vor, Kindern unter 13 Jahren den Zugang zu kommerziellen sozialen Online-Netzwerken grundsätzlich zu untersagen. Ausgenommen sind lediglich nachweislich kindgerechte Angebote. Für Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren sind abgestufte Nutzungsbeschränkungen (z. B. bezüglich Bildschirmzeiten und Interaktionsmöglichkeiten) vorgesehen.

Kritik am Eckpunkte-Papier der Bundesregierung

Dirk von Gehlen, Director Think Tank des SZ Instituts, lehnte vehement jegliche Social-Media-Verbote für junge Menschen als Angriff auf deren Grundrechte ab. Charlotte Lohmann, Bildungsreferentin für Medienkompetenz und digitale Demokratiegefährdung bei der Antonio Amadeo Stiftung, bezweifelte ebenfalls die Effizienz von Verboten, hielt jedoch in bestimmten Bereichen generelle Verbote unabhängig vom Alter der Nutzenden für angebracht. Zu einer ähnlichen Einschätzung kam auch der Kommunikationswissenschaftler Dr. Maximilian Krug, der sich in der Universität Duisburg mit digitaler Kommunikation und gesellschaftlichen Konfliktfeldern befasst.

Warnung vor Social-Media-Verboten

„Wir workshoppen den Faschismus nicht weg!“, betonte Lohmann, nachdem sie in ihrem Impulsreferat Beispiel-Feeds präsentiert hatte, die mit einer ansprechenden Bildersprache die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands glorifizierten und rechtsextreme Narrative verbreiteten. Sie befürchtete, dass sich die großen Plattformen mit dem Ausschluss junger Menschen aus sozialen Online-Netzwerken jeglicher Verantwortung für Kinder- und Jugendschutz entziehen könnten. Kürzungen von Fördergeldern für sozial- und medienpädagogische Projekte seien der falsche Weg. Lohmann warb stattdessen entschieden für eine digitale „Streetwork-Offensive“, solange effektive europäische Regulierungen ausblieben und Plattformen sich ihrer Verantwortung entzögen.

Medien.Bayern GmbH · Balanstraße 73 / Haus 11 · 81541 München · Tel. +49 89/6 89 99 – 0 · Fax +49 89/6 89 99 – 199
presse@medientage.de · www.medientage.de

Verbote allein sind kein effizienter Schutz

Auch Maximilian Krug bezweifelte, dass Verbote allein junge Menschen effizienter schützen. Krug stellte in seinem Impulsvortrag ein laufendes Forschungsprojekt zum Thema digitale Misogynie (Frauenhass, Frauenfeindlichkeit) in der privaten Chat-Kommunikation vor, das er zusammen mit Dr. Vanessa Angenendt und Hannah Blaschke durchführt. Er berichtete, dass im Projekt bisher 845 Chats mit misogynen Inhalten und Anfeindungen ausgewertet worden seien. Forschende befänden sich dabei in einem Dilemma, erklärte Krug: Auf der einen Seite machten sie Misogynie in sozialen Online-Netzwerken sichtbar, böten aber diesen Inhalten auf der anderen Seite eine weitere Bühne. Zudem würden misogyne Inhalte oft verharmlost, während sie die Betroffenen massiv belasteten. Obwohl Feeds mit misogynen Inhalten vordergründig junge Frauen ansprächen, habe die anonymisierte Auswertung von Profilen ergeben, dass vorwiegend 50-jährige und ältere Männer Social-Media-Feeds kommentierten. Krug fasste zusammen, dass Mysogynie nicht nur ein Betroffenenproblem, sondern eine soziale Praxis sei, die mit fortlaufender Rezeption immer weiter „normalisiert“ werde.

Kinder- und Jugendschutz gesamtgesellschaftliche Pflicht

Nach Ansicht von Charlotte Lohmann ist der Erwerb von Medienkompetenz keine Aufgabe, die auf junge Erwachsene beschränkt werden könne. Kinder- und Jugendschutz sei vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Pflicht. Einstimmig forderte die Expert:innenrunde, Förder- und Bildungsangebote zum Aufbau von Medienkompetenz in allen Altersgruppen auszubauen. Junge Menschen sollten konsequent in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, die sie betreffen, forderte Dirk von Gehlen.

Social Media als zeitgemäße kulturelle Plattform anerkennen

Lohmann warnte davor, dass junge Menschen ohne demokratiebasierte Identifikationsmöglichkeiten auf rechte Narrative auswichen: „Wir haben eine krisengebeutelte Jugend“, urteilte die Expertin der Amadeu Antonio Stiftung. Auf die Frage von Moderatorin Linda Becker, wie Medienschaffende ihrer Verantwortung gerecht werden könnten, verwies sie auf das umfangreiche historische Archivmaterial des Bayerischen Rundfunks. Dieses sollten Medienschaffende nicht einfach präsentieren, sondern historisch korrekt einordnen und kommentieren. Dirk von Gehlen ging noch weiter: Er forderte die Abkehr von der „Social-Media-Scham“ und sprach sich dafür aus, aktiv zu reagieren: „Wir sollten unser Bildungssystem verteidigen“, lautete sein Appell. Das bedeute, die Potenziale von Social Media als zeitgemäße kulturelle Plattform anzuerkennen, anstatt auf Verbote zu setzen. Er warnte davor, mit Social-Media-Verboten letztlich eine staatliche Zensur zu etablieren, die nur neue Probleme schaffe.